

Röhl, Klaus-Heiner

Working Paper

Die Wahlprogramme der Parteien für Mittelstand und Unternehmensgründungen: Nicht immer wird die Bedeutung des Mittelstands anerkannt

IW-Policy Paper, No. 16/2021

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Röhl, Klaus-Heiner (2021) : Die Wahlprogramme der Parteien für Mittelstand und Unternehmensgründungen: Nicht immer wird die Bedeutung des Mittelstands anerkannt, IW-Policy Paper, No. 16/2021, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/240568>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



IW-Policy Paper 16/21

Die Wahlprogramme der Parteien für Mittelstand und Unternehmensgründungen

Nicht immer wird die Bedeutung des Mittelstands anerkannt
Klaus-Heiner Röhl

Köln, 12.8.2021

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Die wirtschafts- und mittelstandspolitischen Aussagen der Wahlprogramme im Überblick: Von skizzenhaft bis detailliert	6
3 Pläne für Unternehmensgründungen und Start-ups	12
4 Bürokratie(-abbau) und (De-)Regulierung	14
5 Digitalisierung und E-Government	19
6 Fazit	24
Literatur	25
Abstract	28
Tabellenverzeichnis	29
Abbildungsverzeichnis	29

JEL-Klassifikation:

E61 – Politische Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik

H11 – Struktur, Umfang und Effizienz der Staatstätigkeit

L53 – Regulierung und Industriepolitik: Unternehmenspolitik

Zusammenfassung

Der Mittelstand bildet mit nahezu 3,5 Millionen Unternehmen die Basis der deutschen Wirtschaftsstärke. Unternehmensgründungen sind für die ständige Erneuerung der mittelständischen Unternehmenslandschaft unerlässlich; innovative Start-ups bringen wichtige Innovationen auf den Markt, die etablierten Unternehmen zu riskant erscheinen. Die Pläne der Parteien zur Bundestagswahl für den Mittelstand sowie die Förderung und Erleichterung von Gründungen sind daher hoch relevant. In diesem Policy Paper werden die Wahlprogramme der Parteien, die potenziell vor einer Regierungsbeteiligung stehen könnten, auf ihre Relevanz für die mittelständische Wirtschaft hin untersucht. Da mittelständische Unternehmen durch Bürokratie und Regulierung kapazitätsbedingt besonders belastet sind, werden auch neue Regulierungsvorhaben beziehungsweise Pläne zum Bürokratieabbau berücksichtigt. Eine besondere Rolle für die weitere Wirtschaftsentwicklung spielt die Digitalisierung, wie die Corona-Pandemie schlaglichtartig verdeutlicht hat. Viele mittelständische Unternehmen sind in der Digitalisierung eher Nachzügler, was für die deutsche Verwaltung in der Einführung des E-Governments allerdings ebenfalls gilt. Da die digitale Infrastruktur und die Digitalisierung der Verwaltung auch für den Mittelstand immer wichtiger werden, werden die Pläne der Parteien im Digitalbereich ebenfalls in die Untersuchung einbezogen.

1 Einleitung

In diesem Policy Paper werden die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl in Hinsicht auf ihre den Mittelstand betreffenden wirtschaftspolitischen Aussagen und Vorhaben analysiert. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vorhaben der Parteien zur Erleichterung – oder auch Erschwerung – von Unternehmensgründungen gelegt. Zudem werden geplante Maßnahmen zum Bürokratieabbau, aber auch neue bürokratieträchtige Regulierungsvorhaben untersucht, weil der Mittelstand aufgrund von Skaleneffekten bei der Bearbeitung von administrativen Vorgaben im Verhältnis zu größeren Unternehmen besonders durch Bürokratie belastet wird (Welter et al., 2013). Da die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen durch E-Government und die Bereitstellung digitaler Infrastrukturen von großer Relevanz für die mittelständischen Unternehmen sind – die Corona-Pandemie hat dies noch einmal schlaglichtartig verdeutlicht – wird auch dieser Bereich mit in die Untersuchung einbezogen.

Die circa 3,5 Millionen mittelständischen Unternehmen und Selbstständigen bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschäftigen etwa 58 Prozent der über 33 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten – zuzüglich der 4 Millionen Unternehmer und Selbstständigen – und stellen sogar 80 Prozent der Ausbildungsplätze (IfM, 2020a; Destatis, 2021a). Doch die wirtschaftliche Stärke des Mittelstands ist kein Selbstläufer. Durch die Corona-Pandemie und die notwendigen Lockdowns wurde der Mittelstand zuletzt stark in Mitleidenschaft gezogen, denn die binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren Handel, Gastronomie und personenbezogene Dienstleistungen, die massiv von den Lockdowns der vergangenen 16 Monate betroffen waren, sind ganz überwiegend kleinbetrieblich und mittelständisch strukturiert. Der Handelsverband HDE erwartet allein für den Einzelhandel etwa 120.000 Betriebsschließungen infolge der Corona-Pandemie (HDE, 2021). Im Jahr 2020 kam es coronabedingt auch zu einem Einbruch der bereits seit längerem rückläufigen Gründungen, der sich auf 4,5 Prozent für die Unternehmen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung¹, 17,3 Prozent für Klein- und Kleinstbetriebe sowie knapp 10 Prozent für freiberufliche Selbstständige belief (vgl. Abbildung 1-1).

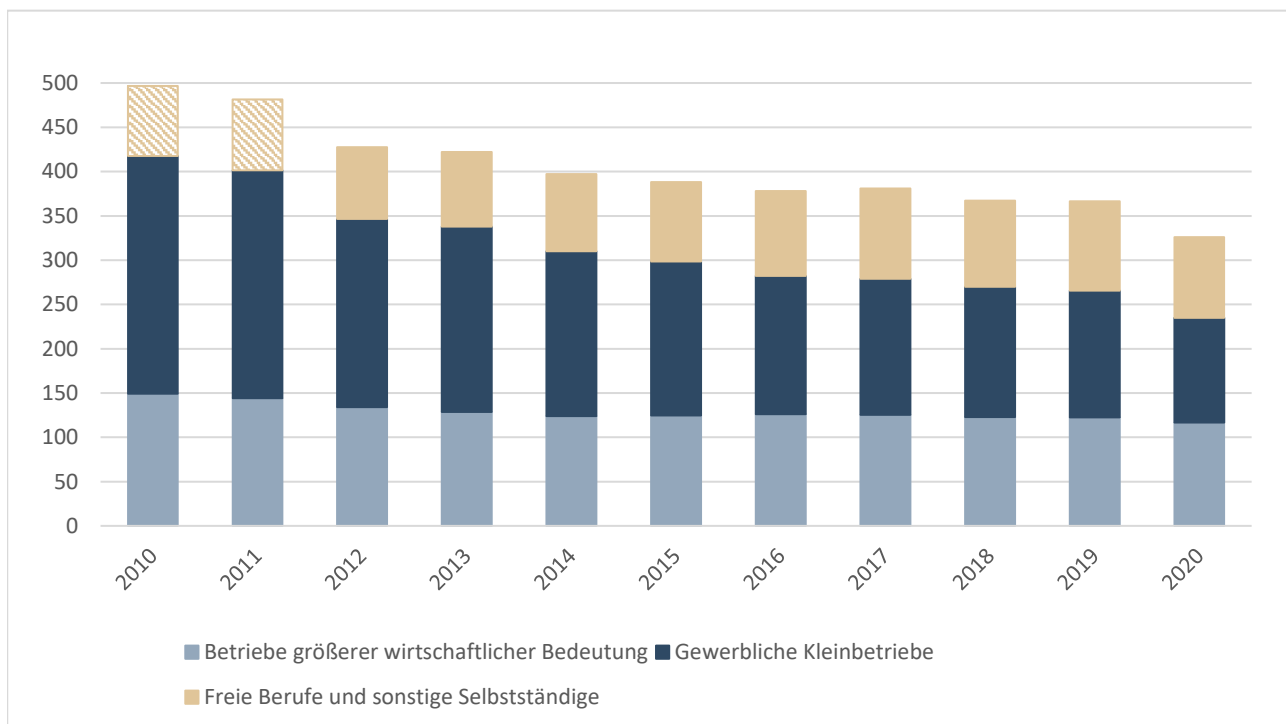
Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass wirtschaftliche Themen im Wahlkampf trotzdem bislang eine untergeordnete Rolle spielen. Die Klimapolitik und die Sozialpolitik bestimmen stark den öffentlichen Diskurs. Die Bedeutung des Mittelstands und seiner noch immer fragilen Erholung aus der pandemiebedingten Krise treten demgegenüber offenbar in den Hintergrund. Nach einem Jahrzehnt wirtschaftlichen Aufschwungs von der Finanzkrise 2008/09 bis zur Corona-Pandemie 2020 wird wirtschaftliche Stärke vielfach als gegeben angesehen und nicht als eine Entwicklung, für die die Politik aktiv etwas tun müsste – oder die sie mit wirtschaftsfeindlichen Eingriffen in Gefahr zu bringen droht. Doch es gibt – neben der starken Corona-Betroffenheit vieler mittelständischer Unternehmen und ihrer Nachwirkungen – eine Reihe von Warnsignalen, die die Politik zur Kenntnis nehmen sollte. So ist die Anzahl der Gründungen in Deutschland bereits

¹ Als Gründungen mit (potenziell) größerer wirtschaftlicher Bedeutung werden vom Statistischen Bundesamt neue Unternehmen eingestuft, die von juristischen Personen gegründet oder im Handelsregister beziehungsweise in die Handwerksrolle eingetragen werden und bereits zur Gründung sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen (Destatis, 2021b).

seit Jahren rückläufig. Wie Abbildung 1-1 zeigt, ist der Gründungstrend aber mit Ausnahme der freien Berufe abwärtsgerichtet, was auf politischen Handlungsbedarf hindeutet. Das für die Gesamtwirtschaft besonders relevante Segment der Gründungen mit voraussichtlich größerer wirtschaftlicher Bedeutung, dass z. B. Unternehmen umfasst, die bereits zur Gründung sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen, ist seit dem Jahr 2010 um 22 Prozent auf zuletzt 116.700 neue Unternehmen geschrumpft.

Abbildung 1-1: Der Abwärtstrend bei den Gründungen hält an

Unternehmensgründungen nach Gründungstypen



Freie Berufe und sonstige Selbstständige 2010, 2011: IW-Schätzung

Quelle: Destatis, 2021; Institut für Mittelstandsforschung Bonn, 2021

Seit mehreren Jahren unterschreiten die Neugründungen gewerblicher Betriebe die Anzahl der Schließungen, allein bei den Freiberuflern gab es vor der Corona-Krise noch Zuwächse (IfM, 2020b). Das Nachwuchsproblem beschränkt sich aber nicht auf die Unternehmen: Der Mittelstand ist noch stärker als Großunternehmen vom Fachkräftemangel betroffen, der durch die demographische Entwicklung in den nächsten neun Jahren bis 2030 und darüber hinaus kräftig zunehmen dürfte (Burstedde et al., 2021; Geis-Thöne, 2021). Gründe, Mittelstand und Gründungen stärkere politische Aufmerksamkeit zu schenken, gibt es also genug.

2 Die wirtschafts- und mittelstandspolitischen Aussagen der Wahlprogramme im Überblick: Von skizzenhaft bis detailliert

Die Wahl- und Regierungsprogramme der Parteien gehen in sehr unterschiedlicher Detailtiefe auf wirtschafts- und mittelstandspolitische Fragen ein. Die Unionsparteien **CDU/CSU** haben erst spät ihr gemeinsames „Programm für Stabilität und Erneuerung – Gemeinsam für ein modernes Deutschland“ vorgelegt, das dafür mit sehr tiefgehenden Ausarbeitungen zu einer Vielzahl von Themen auf 139 Seiten aufwartet. Das Programm ist in zehn Kapitel gegliedert, wobei die Außen- und die Europapolitik die ersten beiden Plätze einnehmen. Nachhaltiges Wachstum und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind die nächsten beiden Punkte, ferner werden Generationengerechtigkeit, Aufstiegschancen, Forschung und Innovationen, Staatsmodernisierung und Digitalisierung, innere Sicherheit sowie Regionalentwicklung und Lebensqualität behandelt. Als größte Volkspartei ist die Union offensichtlich um eine möglichst breite thematische Aufstellung in der Innen-, Außen- und Europapolitik, im Klimaschutz, aber auch in wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen bemüht. Dabei werden auch die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik sowie das Thema Gründungen und Start-ups mit einer entsprechenden inhaltlichen Tiefe behandelt. In einer Verknüpfung von Europa- und Wirtschaftspolitik soll durch mehr Freihandelsabkommen der EU mit anderen Staaten und Weltregionen die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt werden, was auch dem Mittelstand zugutekäme.

Neue Belastungen für mittelständische Unternehmen möchten CDU/CSU verhindern, indem die Lohnzusatzkosten durch Sozialabgaben bei 40 Prozent gedeckelt werden und keine neuen Steuern wie beispielsweise eine Vermögenssteuer eingeführt werden. Wenn finanziell möglich, soll der Solidaritätszuschlag schrittweise abgeschafft² und die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen reduziert werden, wovon auch Kleinbetriebe profitieren. Die Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften, die unter Einschluss der Gewerbesteuer und des Solidaritätszuschlags in Deutschland derzeit bei etwa 30 Prozent liegen und im internationalen Vergleich hoch sind, sollen auf 25 Prozent und damit in etwa auf den internationalen Durchschnittswert (BDI/VCI, 2020, 20 f.) gesenkt werden. Bei der Besteuerung soll zudem Rechtsformneutralität hergestellt werden, denn bislang kann es bei Personengesellschaften zu höherer Besteuerung kommen, da diese der individuellen Einkommensteuer unterworfen sind.³ Die bislang kaum genutzte Thesaurierungsbegünstigung für einbehaltene Gewinne von Personengesellschaften soll attraktiver gestaltet werden, zudem soll die steuerliche Verlustverrechnung, die in der Corona-Pandemie ausgeweitet wurde, dauerhaft großzügiger gestaltet werden. Darüber hinaus sollen auch die Abschreibungsregeln durch eine degressive Abschreibung für bewegliche Güter des

² In Interviews hat der Unionskanzlerkandidat Armin Laschet allerdings bereits eingeräumt, dass die finanziellen Spielräume hierfür nach der Corona-Pandemie kaum vorhanden sind.

³ Dieses Vorhaben wird zum Teil aktuell bereits umgesetzt. Ende März 2021 wurde der Entwurf zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (KöMoG) vom Bundeskabinett beschlossen, demzufolge Personengesellschaften optional anstelle der Einkommensteuer Körperschaftsteuer (und Gewerbesteuer) zahlen können. In der Summe wären dies rund 30 Prozent, während die Einkommensteuer in der Spitze 42 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag, Reichensteuer und eventuell nicht anrechenbarer Anteile der Gewerbesteuer in Kommunen mit hohen Hebesätzen) beträgt. Die Neuregelung betrifft allerdings nur Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften (KG und GmbH & Co. KG), nicht die zahlenmäßig dominierenden Einzelunternehmen (GKK, 2021).

Anlagevermögens verbessert werden, was nicht zuletzt für Digitalisierungsinvestitionen – die aufgrund der rasanten Technologieentwicklung oft schnell obsolet werden – wichtig ist.

Die **Grünen** haben sich als Umwelt- und Klimapartei profiliert und liegen momentan in den Wahlumfragen auf dem zweiten Platz hinter den Unionsparteien. Ihr sehr spät veröffentlichtes Wahlprogramm „Deutschland. Alles ist drin. Bereit, weil ihr es seid.“ führt auf 113 Seiten die Vorhaben der Partei in sechs Kapiteln aus. Es geht um die Sicherung von Lebensgrundlagen in Anbetracht des Klimawandels, Solidarität, Bildung und Forschung, Digitalisierung, Gleichberechtigung und internationale Zusammenarbeit. Als wahrscheinliche Regierungspartei und mögliche Wahlsiegerin mit Ambitionen auf die Kanzlerschaft kommt auch den ausführlichen wirtschafts- und mittelstandspolitischen Plänen der Grünen eine hohe Bedeutung zu.

Die wirtschaftsbezogenen Vorhaben der Partei sind insgesamt von einem stark regulierungsorientiertem Grundverständnis geprägt, während die bei den Grünen traditionell auch vorhandene Freiheitsaffinität in ökonomischen Fragen in den Hintergrund tritt. Im Zentrum steht eine stärkere arbeitsmarktpolitische Regulierung (vgl. auch Schäfer, 2021), die zu einer höheren Kosten- und Bürokratiebelastung für mittelständische Unternehmen führen könnte (vgl. Kapitel 4). Die umfassenden Steuerpläne der Grünen sehen neben umweltbezogenen Steuerreformen zur stärkeren Besteuerung von Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch (Einführung einer CO₂-Steuer sowie Kerosinsteuer, Steuererleichterungen im Lebensmittelbereich) auch Reformen für mehr „Steuergerechtigkeit“ vor. Kleine und mittlere Einkommen sollen durch einen erhöhten Grundfreibetrag der Einkommenssteuer, Kindergrundsicherung und Energiegeld entlastet werden; der Spitzensteuersatz soll hingegen erhöht werden, was auch mittelständische Unternehmen trifft. Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro möchten die Grünen durch eine Vermögenssteuer stärker besteuern, mit einem darüberhinausgehenden Freibetrag für Betriebsvermögen, dessen Höhe nicht klar beziffert wurde. Eine Lohnsteuerreform soll für mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sorgen und gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligen. Betriebsvermögen sollen begünstigt werden, um Anreize für Investitionen zu schaffen und damit mittelständische und Familienunternehmen entlasten.

Die **SPD** liegt seit einiger Zeit in den Wählerbefragungen nur auf Platz drei, zählt jedoch als traditionelle Volkspartei zu den Parteien, die einen politischen Führungsanspruch für sich beanspruchen und deshalb einen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im September benannt haben. Als langjährige Regierungspartei sollte die SPD eigentlich eine zu starke thematische Verengung für die anstehende Wahl zu vermeiden suchen, sie konzentriert sich in letzter Zeit und nun auch im Wahlprogramm aber sehr stark auf sozialpolitische Themen sowie auf die Klimapolitik. Die Präsentation des Zukunftsprogramms „Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.“ auf der Homepage der SPD ist – wie das CDU/CSU-Programm – in zehn Punkte gegliedert, die offenbar die Interessen der Bürger und potenziellen Wähler aus Sicht der Partei spiegeln sollen (SPD, 2021). Es geht um Sozialwohnungsbau und günstige Mieten, die Zukunft der Arbeit, Pflege, Gleichstellung, Kinder, das Leben nach Corona, Klimawandel, Verteilung, Digitalisierung sowie um Maßnahmen gegen Diskriminierung („Rassismus und Ausgrenzung“).

Gründungen, Unternehmertum und Mittelstand kommen in den Überschriften nicht vor, auch nicht Innovation(en). Hier bestätigt sich eine Tendenz der letzten Jahre, denn die Partei der

„Agenda 2010“ setzt in der Wirtschaftspolitik seit einiger Zeit auf eine verstärkte Regulierung und höhere Spitzensteuersätze, was mittelständische Familienunternehmen empfindlich treffen könnte, und scheint die Zukunftsorientierung unter Einbeziehung der Belange der Wirtschaft, die beispielsweise den Wahlkampf Gerhard Schröders 1998 prägte, zu vernachlässigen.

Die **FDP** versteht sich selbst als die „klassische“ Wirtschaftspartei; abgeleitet aus einem liberalen Freiheitsverständnis, das auch eine möglichst wenig durch staatliche Gängelung eingeschränkte wirtschaftliche Freiheit umfasst. An der Bundesregierung war sie zuletzt vor zwei Legislaturperioden bis 2013 beteiligt, nachdem die Partei im Herbst 2017 nach der letzten Bundestagswahl die Sondierungsgespräche mit den Unionsparteien und den Grünen abbrach und die Oppositionsrolle im Bundestag vorzog. Aktuell liegt die FDP in den Wahlumfragen aber nach einer längeren Schwächephase wieder auf oder sogar über dem Niveau, das sie in der letzten Bundestagswahl erreichte (10,7 Prozent), und könnte an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein.

Die Partei hat ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl mit dem Titel „Nie gab es mehr zu tun“ versehen und fordert einen „Neustart“, damit das Land „moderner, digitaler und freier“ wird. Wie die Union drängt die FDP auf eine Vereinfachung der Entsendung von Arbeitskräften in der EU und auf eine faire Wettbewerbsordnung im europäischen Binnenmarkt, Protektionismus soll verhindert werden. Freihandelsabkommen der EU mit anderen Weltregionen sollen vorangetrieben werden und das CETA-Abkommen mit Kanada als Blaupause für ein transatlantisches Freihandelsabkommen dienen.

Die FDP möchte die „Kraft der Sozialen Marktwirtschaft“ als Gegenmodell zum „dirigistischen Staat“ stärken. Dafür sollen auch staatliche Wirtschaftsbeteiligungen, etwa bei Deutscher Post und Telekom, verkauft werden. Basierend auf den Erfahrungen der Corona-Pandemie soll die Verlustverrechnung für Unternehmen dauerhaft ausgeweitet werden, wovon viele Mittelständler profitieren würden. Als kurzfristige Liquiditätshilfe sollen im Verlustfall auch „negative Gewinnsteuern“ ausgeschüttet statt nur mit späteren Gewinnen verrechnet werden. Generell soll die Gewinnsteuer für Unternehmen auf 25 Prozent gesenkt werden, wie es auch die Union plant. Zudem wird eine degressive Abschreibung für bewegliche und digitale Investitionsgüter gefordert. Dabei setzt sich die FDP für eine globale Mindestbesteuerung ein, um den Wettbewerb zwischen mittelständischen Unternehmen und internationalen Konzernen fairer zu machen.

Die FDP bekennt sich dazu, KMU und „Hidden Champions“ in ländlichen Regionen zu stärken. Hierzu sollen die digitale Infrastruktur und die Verkehrswege ausgebaut und die duale Bildung gestärkt werden. Im Steuerbereich setzt sich die FDP für Rückführung der gesamtwirtschaftlichen Steuer- und Abgabenquote, die in den letzten Jahren auf 41,4 Prozent angestiegen ist, auf unter 40 Prozent ein. Der sogenannte Mittelstandsbauch – die besonders starke Steuerprogression im mittleren Einkommensbereich – soll beseitigt und der Solidaritätszuschlag für alle Steuerzahler abgeschafft werden; der Spitzensteuersatz soll erst bei höheren Einkommen als derzeit

greifen.⁴ Dies käme auch Einzelunternehmern und Personalgesellschaften zugute, die 80 bis 90 Prozent der mittelständischen Unternehmen ausmachen. Eine Vermögenssteuer oder -abgabe lehnen die Freien Demokraten ab; sie würde auch mittelständische Unternehmen belasten. Demgegenüber soll die Mitarbeiterkapitalbeteiligung durch bessere Rahmenbedingungen zu einem „Eigentumsturbo“ werden und auch den Start-up-Standort stärken⁵.

Die **Linke** sieht sich als „Partei des demokratischen Sozialismus“ und legte traditionell das politisch am weitesten links stehende Wahlprogramm unter den im Bundestag vertretenen Parteien vor. Das Programm für die Bundestagswahl 2021 trägt den Titel „Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“ (Die Linke, 2021). Privatwirtschaftliche Initiative und unternehmerische Freiheit stehen im sozialistischen Wirtschaftsmodell naturgemäß nicht hoch im Kurs, sodass auch die Aussagen des Wahlprogramms zu Gründungen und Mittelstand überschaubar sind. In der Einleitung des Wahlprogramms wird jedoch „der Traum von der Selbstständigkeit“ erwähnt, allerdings im Kontext der (nach Meinung der Linkspartei unzureichenden) Corona-Hilfen für Kulturschaffende. Laut Programm soll die Wirtschaft in Deutschland und weltweit „sozialer, demokratischer und umweltgerechter“ gestaltet werden. Allerdings bleiben steuerpolitische, sozialpolitische und regulatorische Vorhaben nicht ohne Einfluss auf mittelständische Unternehmen und ihre Wirtschaftspotenziale. So soll es eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.200 Euro geben, die den Arbeitsanreiz für viele Menschen stark senken könnte, was wiederum den Fachkräftemangel und die in vielen ländlichen Regionen bereits spürbare generelle Arbeitskräfteknappheit verstärken dürfte. Dies gilt auch für den Plan, das Renteneintrittsalter abzusenken, statt es entsprechend der derzeitigen Rechtslage für die meisten Versicherten langsam auf 67 Jahre anzuheben.

Die Linkspartei möchte genossenschaftliches Wirtschaften fördern. Über Fördermaßnahmen der Regionalförderung und die Verteilung eines neuen, 20 Milliarden Euro pro Jahr umfassenden Fonds für den klimagerechten ökologischen Umbau der Wirtschaft sollen „Wirtschafts- und Transformationsräte“ entscheiden, in denen Politik, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigt Stimmrecht haben – Vertreter der Wirtschaft sollen aber offenbar nicht beteiligt werden. In den Städten soll der Einzelhandel durch einen Mietendeckel für Gewerbetrieben unterstützt werden.

In der Steuerpolitik setzt die Linke auf höhere Steuern für Besserverdienende (vgl. auch Hentze/Beznoska, 2021), was auch viele Selbstständige und mittelständische Unternehmer belastet. Die Kapitalertragsteuer soll auf über 80 Prozent angehoben werden. Zudem soll eine Vermögenssteuer mit progressivem Tarif und einem Freibetrag für Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro *und* darüber hinaus eine einmalige Vermögensabgabe (mit ebenfalls 5 Millionen Euro

⁴ Der Spitzensteuersatz in Höhe von 44,3 Prozent inklusive Solidaritätszuschlag wird aktuell bereits beim 1,4-fachen des Bruttodurchschnittslohns fällig, 1965 musste hingegen laut FDP-Wahlprogramm erst beim 18-fachen des Durchschnittsverdiensts der damalige (allerdings höhere) Spitzensteuersatz gezahlt werden. Von derzeit circa 58.000 Euro zu versteuerndem Einkommen soll die Grenze für den Spitzensteuersatz (ohne Reichensteuer) schrittweise auf 90.000 Euro ansteigen.

⁵ Mit dem Fondsstandortgesetz wurde die Möglichkeit zur Mitarbeiterbeteiligung aktuell bereits verbessert (Hammermann et al., 2021). Die FDP fordert darüber hinaus eine eigene Anteilsklasse für Mitarbeiterbeteiligungen, die bürokratieärmer als die komplizierte und teure Übertragung von GmbH-Anteilen sein soll.

Freibetrag für Betriebsvermögen) eingeführt werden. Bei einem Höchststeuersatz von 5 Prozent für die Steuer und 30 Prozent für die – in mehreren Jahren abzahlbare – Abgabe kommt es zu außerordentlich hohen Belastungen für betrieblich gebundene Vermögen, die die Eigenkapitalausstattung größerer Familienunternehmen – die sich in der Corona-Pandemie als essenziell erwiesen hatte (Röhl, 2020) – stark beeinträchtigen würde. Dies könnte vor allem im ländlichen Raum zu schweren wirtschaftlichen Schäden führen, da viele der deutschen „Hidden Champions“ außerhalb der großstädtischen Zentren angesiedelt sind und das wirtschaftliche Rückgrat ansonsten strukturschwächerer Regionen bilden (Kempermann et al., 2020).

Eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für das Handwerk soll helfen, die notwendigen Fachkräfte für den angestrebten ökologischen Umbau der Wirtschaft verfügbar zu machen. Dies käme voraussichtlich den Handwerksbetrieben zugute, die besonders unter Fachkräftemangel leiden.

Die „Alternative für Deutschland“ **AfD** geht in ihrem Wahlprogramm „Deutschland. Aber normal“ kaum auf wirtschafts- und mittelstandspolitische Themen ein, was angesichts der Herkunft der Partei als eurokritische Vereinigung, die von Wirtschaftsprofessoren ins Leben gerufen wurde, erstaunt. Der Eurokritik bleibt sie allerdings treu und erklärt den Euro für „gescheitert“. Sie fordert den Austritt aus dem Euro sowie den Verzicht auf EU-Schulden und EU-Steuern. Eine Rückkehr zur D-Mark könnte zu einem starken Aufwertungsdruck führen, der die Wettbewerbsposition vieler mittelständischer Unternehmen bedroht.⁶ Im Steuerrecht setzt sich die AfD für ein leicht verständliches Steuersystem mit wenigen Steuerarten ein. In den Folgekapiteln wird auf eine tiefergehende Beschreibung der programmatischen Pläne der AfD verzichtet, da diese kaum Mittelstand und Gründungen betreffen und die Partei – anders als CDU/CSU, Grüne, SPD, FDP und Linke – nicht für eine Regierungsbeteiligung infrage kommt: Alle anderen Parteien haben ausgeschlossen, mit der AfD zu koalieren, so dass von ihrem Programm keinerlei Folgewirkungen für die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik ausgehen.

⁶ Die Schweizer Wirtschaft ist allerdings mit einer Aufwertung des Franken gegenüber dem Euroraum relativ gut zurechtgekommen.

Tabelle 2-1: Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik

Vergleich der Kernaussagen der Parteien bezüglich wirtschafts- und mittelstandspolitischer Maßnahmen

	CDU/CSU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
Allgemeine Ziele	Starke soziale Marktwirtschaft für Unternehmen und Arbeitnehmer	Mehr Umverteilung und Regulierung, Primat der Klimapolitik	Mehr Umverteilung und Regulierung	Stärkung der Marktwirtschaft mit weniger Staatseingriffen	Starke Umverteilung; Vergesellschaftung großer Unternehmen
Einkommen- und Vermögenssteuer	Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten	Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten	Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten	Mittlere Einkommen steuerlich entlasten	Kleine Einkommen steuerlich entlasten; genossenschaftliches Wirtschaften fördern
	Keine Steuererhöhung, keine Substanzsteuern	Spitzensteuersatz erhöhen, Vermögenssteuer einführen	Spitzensteuersatz und Erbschaftssteuer erhöhen, Vermögenssteuer einführen	Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen, keine Vermögenssteuer	Spitzensteuersatz stark erhöhen, Vermögenssteuer plus Vermögensabgabe
	Solidaritätszuschlag abschaffen, wenn finanzierbar	Umweltorientierte Steuerreform		Solidaritätszuschlag abschaffen	Fonds für klimarechten Umbau der Wirtschaft
Gewinnbesteuerung und Kapitalertragssteuern	Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften auf 25 Prozent senken			Unternehmenssteuerlast senken; „Negative Gewinnsteuern“ als Liquiditätshilfe	Kapitalertragssteuer und Gewinnsteuer anheben
	Steuerliche Verlustrechnung und Abschreibungsregel verbessern			Steuerliche Verlustrechnung und Abschreibungsregeln verbessern	
	Bessere Thesaurierungsbegünstigungen		Globale Mindestbesteuerung	Globale Mindestbesteuerung	
Arbeitsmarktpolitik, Regulierung	Stabile Lohnzusatzkosten bei 40 Prozent	Arbeitsmarktpolitische Regulierungen ausbauen	Arbeitsmarktpolitische Regulierungen ausbauen		Arbeitsmarktpolitische Regulierungen ausbauen; 1.200 Euro Mindestsicherung; Renteneintrittsalter absenken
	Mitarbeiterkapitalbeteiligung stärken			Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen	Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiative für Handwerk; Mietendeckel für Gewerbemieten

Quelle: Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021

3 Pläne für Unternehmensgründungen und Start-ups

Die **CDU/CSU** fordert „neuen Mut zu Innovationen“; in einem „Zukunftspaket für Deutschland“ sollen Innovationen und neue Technologien gefördert werden. Dies soll eine neue Innovations-, Forschungs- und Gründerkultur herbeiführen. Zu den Vorhaben zählt ein „bürokratiefreies Jahr“ für Gründer (vgl. Kapitel 4). Dabei bekennt sich die Union zur bislang in Deutschland nicht umgesetzten Möglichkeit zur Online-Gründung innerhalb eines Tages.⁷ Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung soll weiter verbessert werden, was auch Start-ups begünstigt. In diesem Bereich ist allerdings gerade eine Gesetzesänderung mit eben diesem Ziel erfolgt (Hammermann et al., 2021). KMU und Start-ups in der Wachstumsphase sollen durch Vorzugskapital⁸ bessere Investitionsmöglichkeiten erhalten. Die steuerlichen und rechtlichen Hürden für die Niederlassung von Venture-Capital-Fonds sollen verbessert werden, um die mit der gerade erfolgten Auflegung des „Zukunftsfonds“ im Umfang von 10 Milliarden Euro verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten von Start-ups auch seitens der finanzierenden Fonds besser aufzustellen. Es soll sichergestellt werden, dass Beteiligungen an Start-ups erst dann besteuert werden, wenn wirklich Gewinne ausgeschüttet oder die Anteile mit Gewinn verkauft werden, und nicht nur auf dem Papier existierendes „dry income“ besteuert wird.

Die angestrebte Förderung von Sprunginnovationen kommt innovativen Start-ups zugute; das Konzept der „Reallabore“, das derzeit für Projekte der Energiewende angewandt wird, soll weiter ausgebaut werden und schnellere Innovationen ermöglichen. Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungsinstituten sollen leichter möglich werden.

Unternehmensnachfolgen und -übergänge möchte die Union erleichtern, indem Betriebsnutzungsgenehmigungen bürokratieärmer ausgestaltet werden und die Nutzung von Kundendaten beim Betriebsübergang erleichtert wird. Hierzu soll auch die Nachfolgebörse next-change ausgebaut werden.

Die **Grünen** möchten Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus (wieder)⁹ stärker fördern und Selbstständige sozial besser absichern. Offenbar wird aber nicht die Pflichtversicherung von Solo-Selbstständigen in der Sozialversicherung angestrebt, wie es die SPD möchte, sondern die Wahlfreiheit soll erhalten bleiben.

Die Grünen setzen sich für einen Ausbau der Wagniskapitalfinanzierung durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds ein.¹⁰ Angestrebt wird eine Finanzierung von mehr nachhaltigen Leuchtturm-Projekten in den Bereichen Greentech, Künstlicher Intelligenz (KI), nachhaltige Mobilität und Life Sciences, deren komplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt

⁷ In Österreich wurde dies – für Einzelunternehmen und Ein-Personen-GmbHs – bereits erreicht (Röhl/Graf, 2021).

⁸ Vorzugskapital (Preferred Equity) bezieht sich auf von Investoren bereitgestelltes Eigenkapital, das bei der Rückzahlung zwar hinter Fremdkapital zurücksteht, aber vor anderen Eigenkapitalquellen bevorzugt bedient wird. Dies kann z. B. in Form von Private-Equity-Fonds erfolgen.

⁹ Im Jahr 2012 wurde angesichts sinkender Arbeitslosigkeit der Zugang zum „Gründungszuschuss“ für Arbeitslose erheblich erschwert.

¹⁰ Einen solchen gibt es mit dem neu geschaffenen Zukunftsfonds im Umfang von 10 Milliarden Euro, der aktuell von der Bundesregierung an den Start gebracht wird (BMW i et al., 2021), allerdings bereits.

bekommen. Mit ähnlicher Zielsetzung ist innerhalb des Zukunftsfonds der aktuellen Bundesregierung allerdings die Auflage eines „Deep Tech Fonds“ für Langfristfinanzierungen geplant. Darüber hinaus möchten die Grünen ein Gründungskapital mit einem Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro für Gründungen, die sich nach den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichten, einführen. Bürokratische Hemmnisse sollen deutlich reduziert werden, besonders in den ersten beiden Jahren nach der Gründung.

Die **SPD** erkennt in ihrem Programm an, dass Selbstständigkeit für viele Menschen eine attraktive Form der Erwerbstätigkeit darstellt und Unternehmergeist dringend benötigte Innovationen fördert. Gründungen sollen durch organisatorische Erleichterungen wie One-Stop-Agenturen, erleichterten Zugang zu Kapital durch Projektförderung und öffentliche Fonds für Wagniskapital angeregt werden. Anschließend wird jedoch detailliert dargelegt, wie die Selbstständigkeit stärker reguliert werden könnte. Selbstständige in die Sozialversicherungen einzubeziehen, wird im Wahlprogramm der SPD in diesem Kontext als Instrument zur besseren Absicherung dargestellt. Solo-Selbstständige sollen besser gegen unvorhergesehene Einnahmeausfälle geschützt werden, wozu ein „Sicherungsgeld“ der „solidarischen Absicherung“ bei der Bundesagentur für Arbeit eingeführt werden soll.¹¹ Bundesarbeitsminister Heil möchte allerdings nach eigenem Bekunden durch eine Einbeziehung der Selbstständigen in die Rentenversicherung die Einnahmen erhöhen und dadurch demografiebedingt drohende Beitragssteigerungen vermeiden (Tagesschau, 2021), was rechnerisch nur funktionieren könnte, wenn er davon ausgeht, dass Selbstständige mehr einzahlen als sie aus den Sozialversicherungen erhalten. Sicherungsgeld und Rentenbeiträge führen gemeinsam zu höheren Kosten für Selbstständige, was die Gründung eines (kleinen) Unternehmens weniger attraktiv machen könnte.

Die **FDP** möchte Gründungen stärker fördern und fordert hierzu – neben mehr Digitalisierung und Bürokratieabbau – einen Gründungszuschuss für Gründungswillige mit tragfähigem Konzept, der unabhängig von einer vorherigen Arbeitslosigkeit gewährt wird. Die Partei möchte den von der aktuellen Bundesregierung aufgelegten „Zukunftsfonds“ ausbauen, indem Beteiligungen für privates Kapital an Start-ups attraktiver gestaltet werden. Über einen Dachfonds sollen Mittel institutioneller Investoren in VC-Fonds fließen und so auch größere Finanzierungssummen ermöglichen (dies sieht allerdings auch der Zukunftsfonds, der aus 10 Bausteinen besteht, vor). Ein Investorinnen-Netzwerk soll mehr weibliche Business Angels ermöglichen und Frauen gezielt bei ihren Gründungsvorhaben und bei der Kapitalbeschaffung helfen, da Start-up-Gründerinnen bislang deutlich in der Minderheit sind.

Die FDP möchte die Statusfeststellung für Selbstständige vereinfachen, um zügig zu einer zweifelsfreien Statusklärung bezüglich möglicher Scheinselbstständigkeit zu kommen. Hierzu soll eine unabhängige Stelle eingerichtet werden, da die – bislang damit betraute – Rentenversicherung aufgrund ihrer finanziellen Interessen parteiisch sein könnte. Selbstständige sollen maximale Wahlfreiheit in ihrer Altersvorsorge haben, so dass es bei Wechsel zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung nicht zum Verlust bisheriger Modelle und ihrer Förderung

¹¹ Die Feststellung, wann ein solcher Notfall vorliegt und das Sicherungsgeld ausgezahlt wird, erscheint allerdings im Gegensatz zur binären Option „beschäftigt“ versus „arbeitslos“ für Arbeitnehmer relativ schwierig zu treffen und droht somit potenziell bürokratieintensiv zu sein.

(wie bei der Riester-Rente) kommt. Es soll aber eine Pflicht zur Altersvorsorge und Krankenversicherung für Selbstständige geben.

Aussagen zur Gründungsförderung finden sich bei der **Linkspartei** nicht. Selbstständige sollen, ähnlich wie im Programm der SPD, in die Renten- und Krankenversicherung einbezogen werden, was – neben der erhöhten Absicherung – zusätzliche Kosten bedeuten würde.

Tabelle 3-1: Unternehmensgründungen und Start-ups

Vergleich der Kernaussagen der Parteien bezüglich Unternehmensgründungen und Start-ups

	CDU/CSU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
Finanzierung / Wagniskapital	Wagniskapitalfonds ausbauen	Staatlicher Wagniskapitalfond mit Umweltorientierung	Fonds für Wagniskapital; Projektförderung durch Kapital	Bereitstellung von Wagniskapital verbessern; Mittel institutioneller Investoren in VC-Fonds mobilisieren	
	Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Start-ups verbessern	Gründungskapital bis 25.000 Euro	Start-up-Förderung der KfW stärken; KfW zur Innovations- und Investitionsagentur weiterentwickeln	Gründungszuschuss, Gründerinnen fördern	
Gründungen vereinfachen	„Bürokratiefreies Jahr“ nach Gründung; „Reallabore“, um schnellere Innovationen zu ermöglichen	Befreiung von Melde- und Berichtspflichten in ersten zwei Jahren nach Gründung	Gründerinnen fördern	priv. Kapitalbeteiligung an Start-ups fördern	
	Online-Gründung in 24h	Zentrale Anlaufstelle (One-Stop)	One-Stop-Agenturen	One-Stop-Shops	
Soziale Absicherung / Kosten		Selbstständige sozial besser absichern	Selbstständige besser absichern und in Sozialversicherung einbeziehen		(Solo-)Selbstständige ins Sozialversicherungssystem integrieren

Quelle: Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021

4 Bürokratie(-abbau) und (De-)Regulierung

Die Unionsparteien **CDU/CSU** beklagen in ihrem Wahlprogramm, dass „den Fleißigen und Tüchtigen“ in Mittelstand und Freien Berufen allzu oft unnötige Hürden in Form von Vorschriften in

den Weg gelegt werden, und möchten dies ändern. CDU und CSU sind allerdings seit fast 16 Jahren Regierungsparteien und stellen die Bundeskanzlerin, so dass der Elan zum Abbau dieser Hürden bislang offenbar nicht groß genug war. Um den Schwung zu erhöhen, plant die Union ein „Entfesselungspaket für die Wirtschaft“, das Selbstständige und Unternehmen von Bürokratie entlastet und „Erfinderreichtum und Unternehmertum“ entfesselt.¹² Hier sollen die Steuern reduziert, Bürokratie abgebaut und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Hierzu gehört auch ein „Bürokratiefreies Jahr“ für Gründer, in denen diese sich auf ihr junges Unternehmen statt auf Formulare und Meldungen an Behörden konzentrieren können. Darüber hinaus möchte die Union Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und Beschaffungs- und Vergabeverfahren vereinfachen.

Die Union setzt sich für eine einfach handhabbare digitale Regelung der A1-Bescheinigung zum grenzüberschreitenden Arbeiten in Europa ein.¹³ Zudem soll das EU-Vergaberecht überarbeitet werden, um die mit europaweiten Ausschreibungen und Vergabeverfahren verbundene Bürokratie zu reduzieren. Der Fachkräftemangel wird in den kommenden Jahren zur zentralen Herausforderung für die mittelständische Wirtschaft. Um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wirksamer zu machen, möchte die Union die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen und das Verfahren digitalisieren. Neue Belastungen für den Mittelstand durch Steuererhöhungen und neue Regulierungen werden von CDU und CSU abgelehnt.

Die **Grünen** möchten den Mindestlohn wie die SPD (s. u.) auf 12 Euro anheben und die Mitbestimmung in den Betrieben ausweiten. Sachgrundlose Befristungen, die ebenfalls ein Instrument zur Flexibilisierung für KMU darstellen, sollen nach Meinung der Grünen verboten werden. Die Grünen planen eine weitgehende Abschaffung von Minijobs durch Einbindung in Sozialversicherung, was vor allem Kleinstbetriebe, die einen Großteil der „Minijobber“ beschäftigen, in ihrer Flexibilität einschränkt. Auch die Einschränkung von Werkverträgen, die ein normales Instrument der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung bilden, dürfte die Flexibilität reduzieren und neue Bürokratie verursachen. Die Grünen möchten einen Rechtsanspruch auf Homeoffice einführen; gleichzeitig soll aber jeder Bürobeschäftigte weiter einen festen Arbeitsplatz im Unternehmen behalten; sodass es nur Belastungen durch Anpassungen der Arbeitsabläufe, aber keine Kostenreduktion für die Betriebe gibt. Gegen „Scheinselbstständigkeit“ soll nach Willen der Grünen stärker vorgegangen werden, wobei es eine „Beweislastumkehr“ geben soll – es wird also zunächst immer von einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis ausgegangen. Dies könnte zu erheblichem bürokratischen Aufwand für Selbstständige und ihre Auftraggeber führen.

Die Leistungen in der Grundsicherung möchten die Grünen stark ausweiten – die Regelsätze sollen um 20 Prozent steigen – und die Sanktionen weitgehend abschaffen, was Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung mindert und mittelständische Unternehmen mit geringen Qualifikationsanforderungen in Regionen mit Arbeitskräfteknappheit besonders treffen könnte.

¹² Für Unternehmensgründer finden sich ähnliche Pläne allerdings bereits im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017, die offenbar nicht umgesetzt wurden.

¹³ Dass manche Länder diese Bescheinigung nach EU-Entsenderichtlinie als Abwehrinstrument gegenüber Firmen aus anderen EU-Staaten einsetzen, um die Dienstleistungsfreiheit im gemeinsamen Markt einzuschränken, ist ein oft angesprochenes Ärgernis für mittelständische Unternehmen mit europaweitem Geschäft (BDI, 2020).

In der angestrebten Regulierungsdichte und dem damit verbundenen Kostenschub für den Mittelstand bewegt sich das Wahlprogramm der Grünen ungefähr zwischen den Vorhaben der Linken (etwa beim Verbot von Überstunden und sachgrundlosen Befristungen) und der SPD (z. B. bei der Mindestlohnhöhe), wobei die Grünen durch weniger scharfe Formulierungen im Vergleich zur Linkspartei mehr Raum für Kompromisse in möglichen Koalitionsverhandlungen lassen.

Die **SPD** setzt sich in ihrem „Zukunftsprogramm“ stark für eine Ausweitung von Regulierungen ein, die vorwiegend den Mittelstand betreffen würden. Sie möchte den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen, was eine Steigerung um 25 Prozent gegenüber dem aktuellen Niveau, das seit 1. Juli 2021 gilt, ausmachen würde.¹⁴ Da in Großunternehmen nur sehr wenig Beschäftigte weniger als 12 Euro pro Stunde verdienen, würden die damit verbundenen Kosten wie bei der Mindestlohneinführung vor allem der Mittelstand und hier wiederum die Kleinbetriebe mit geringer Produktivität sowie überdurchschnittlich häufig ostdeutsche Unternehmen tragen müssen (Fedorets, 2020; Schröder, 2017). Der Mindestlohn selbst wird vom Nationalen Normenkontrollrat (NKR) den Erfüllungskosten der Regulierung zugerechnet, während die damit verbundenen Dokumentationspflichten zu den Bürokratiekosten zählen (NKR, 2018).

Unter dem Slogan „Mehr Demokratie in Unternehmen und Betrieb“ möchte die SPD die in Deutschland im internationalen Vergleich bereits starke Mitbestimmung (Lesch, 2020) noch einmal deutlich ausweiten. Die Schwellenwerte für die Unternehmensgröße sollen abgesenkt und die Macht der Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten hin zu einer „echten Parität“ erhöht werden. Das System der Mitbestimmung in Deutschland hat sich bislang bewährt. Letztlich trägt allerdings der Unternehmer beziehungsweise das vom Inhaber bestellte Management die Verantwortung für die Zukunft des Unternehmens, sodass eine volle Gleichberechtigung der Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten von manchen Eigentümern als eine Gefährdung der eigenen Stellung und Verfügungsgewalt gesehen werden könnte, die zu einer Verlagerung von Investitionen oder letztlich des gesamten Unternehmens ins Ausland führen könnte. Eine Ausweitung der Mitbestimmung auf unternehmerische Entscheidungen könnte auch wertvolle Zeit für Abstimmungen kosten, die Unternehmen im sich beschleunigenden internationalen Wettbewerb nicht zur Verfügung haben.

Die SPD möchte einen Fonds für Ausbildung – finanziert durch eine Umlage für Ausbildungsbetriebe – einführen, in die Unternehmen einzahlen, die „zu wenig“ ausbilden. Dies könnte zu zusätzlichen Kosten und Bürokratie führen und erscheint vor allem deshalb überflüssig, weil die Anzahl der Ausbildungswilligen relativ zur Anzahl der Ausbildungsplätze abnimmt, sodass gerade Kleinbetriebe sich vom Ausbildungsmarkt zurückziehen, weil sie mehrere Jahre vergeblich einen Ausbildungsplatz angeboten haben (Eckelt et al., 2020). Kostensteigernd könnte auch der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer „Qualifizierungsagentur“ und ein erleichterter Zugang zum Arbeitslosengeld bei gleichzeitig verlängertem Bezugsanspruch für Ältere wirken. Auch die angestrebte Ausweitung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu einem

¹⁴ Bis Mitte 2022 steigt der Mindestlohn auf 10,45 Euro. Ausgehend von diesem Niveau betrüge der geforderte Anstieg noch einmal 14,8 Prozent.

„Bürgergeld“ bei verringerten Anspruchsvoraussetzungen führt zu Mehrkosten, die über Steuern und Sozialbeiträge aufzubringen sind.

Die **FDP** setzt sich in ihrem Wahlprogramm für eine umfassende Modernisierung des Staatsaufbaus und der Verwaltungen ein, wozu auch ein konsequenter Abbau von Bürokratie zählt. Behörden sollen zu „One-Stop-Shops“ werden, die nach dem „Only-Once“-Prinzip einmal von Bürgern oder Unternehmen gemeldete Angaben verfügbar haben. Um die Unternehmen zu entlasten, soll die 2005 eingeführte vorfällige Abführung der Sozialversicherungsbeiträge an die Kassen rückgängig gemacht werden. Diese Maßnahme spart Doppelabrechnungen und verschafft den Unternehmen zusätzliche Liquidität. Finanzielle Förderungen für Unternehmen, die derzeit von verschiedenen Ministerien für verschiedene Sachverhalte ausgezahlt werden, sollen in einer „Deutschen Transfergemeinschaft“ gebündelt werden, die als digitalisierter One-Stop-Shop unbürokratischer agiert und insbesondere Hightech-Unternehmen fördern soll. Zulassungs- und Testverfahren für neue Produkte und Dienstleistungen sollen vereinfacht werden.

Durch eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes mit Wochen- statt Tageshöchst Arbeitszeiten (wie es das EU-Recht vorsieht) soll die Arbeitszeit flexibilisiert werden. Mobiles Arbeiten soll durch einen Rechtsanspruch auf Erörterung mit dem Arbeitsgeber nach niederländischem Vorbild gefördert werden. Durch mehr Selbstverpflichtungen und zielorientierte Weiterbildung will die FDP auf die stärkere Berücksichtigung von Frauen in Führungspositionen hinwirken, eine starre Quote wird aber abgelehnt. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen jedoch verpflichtet werden, den „Gender-Pay-Gap“ auszuwerten und zu veröffentlichen, und das Diversity Management soll gestärkt werden.

Die Lohngrenzen für Mini- und Midijobs möchte die FDP an die Entwicklung des Mindestlohns koppeln, damit es für entsprechend Tätige nicht wie derzeit zu Stundenkürzungen kommt, wenn der Mindestlohn steigt. Mit einer Bepreisung von administrativen Auflagen im Gesundheitswesen und Bezahlung durch die anfordernde Stelle soll der seit Jahren beklagte Trend zu wachsender Gesundheitsbürokratie, die Krankenhäuser und Ärzte von ihrer eigentlichen Arbeit abhält, umgekehrt werden.

Die **Linke** möchte den Mindestlohn auf 13 Euro anheben, was vor allem für KMU einen Kostenschub bedeuten würde. Wie die SPD möchte sie die „Demokratisierung der Wirtschaft“ durch eine deutliche Ausweitung der Mitbestimmung vorantreiben. Tarifverträge sollen öfter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Zudem soll es für jeden Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf einen Vollzeit-Arbeitsplatz geben, aber ebenso einen Rechtsanspruch auf Teilzeit. Wie dies in KMU mit nur wenigen Mitarbeitern umgesetzt werden könnte, wird nicht dargelegt. Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen sollen verboten und Werkverträge sollen eingeschränkt werden, was die Flexibilität des Arbeitsmarktes gerade für KMU empfindlich reduziert. Dies gilt auch für die geplante Abschaffung von Mini- und Midijobs. Soloselbstständige sollen der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden, dies gilt auch für über Plattformen vermittelte Erwerbstätige.

Tabelle 4-1: Bürokratie(-abbau) und (De-)Regulierung

Vergleich der Kernaussagen der Parteien bezüglich Bürokratieabbau und Deregulierung

	CDU/CSU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung	Statistikpflicht beschränken, Bürokratie abbauen	E-Government ausbauen		Modernisierung Staatsaufbau und Verwaltung	
	Bürokratiefreies Jahr für Gründer; Steuerliche Betriebsprüfung vereinfachen	Befreiung von Melde- und Berichtspflichten für zwei Jahre nach Gründung	Dokumentationspflichten ausweiten	„One-stop-shop“ und „Only-Once-Prinzip“, umfassender Bürokratieabbau	
	„One in, one out“ Prinzip stärken			Flexibilisierung der Arbeitszeiten	
	Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen			Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen	
Neue und erweiterte Regulierungen sowie Regulierungsänderungen		Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen; Mitbestimmung ausbauen	Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen; Mitbestimmung ausbauen		Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen; Mitbestimmung ausbauen
	Beschaffungs- und Vergabeverfahren vereinfachen	Abschaffung von Minijobs; Verbot sachgrundloser Befristung, Einschränkung von Werkverträgen	Ausweitung mittelstandsrelevanter Regulierungen;	Lohngrenzen für Mini- und Midijobs an Lohnentwicklung koppeln	Leiharbeit, sachgrundlose Befristungen verbieten; Abschaffen von Mini- u. Midijobs; Werkverträge einschränken
	Arbeiten in Europa vereinfachen, Fachkräfteeinwanderungsgesetz verbessern		Erleichterter Zugang zum Arbeitslosengeld, „Bürgergeld“	Sozialversicherungsbeiträge wieder später abführen um Doppelabrechnungen zu vermeiden	Rechtsanspruch auf Vollzeit bzw. Teilzeit, Weiterbildungsanspruch
	EU-Vergaberecht überarbeiten, Vorgaben entbürokratisieren	Scheinselbstständigkeit verhindern durch mehr Kontrollen	Ausbildungsfonds, gezahlt von wenig-ausbildenden Unternehmen	„Gender-Pay-Gap“ in Großunternehmen offenlegen, keine Frauenquote	Sozialversicherungspflicht für Solo-Selbstständige
		Rechtsanspruch auf Homeoffice		Anspruch auf mobiles Arbeiten bei Zustimmung des Arbeitgebers	Normalarbeitsverhältnis 30h, Überstundenverbot

Quelle: Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021

Überstunden und „zu viel Arbeit“ möchte die Linkspartei verbieten; durch eine Umverteilung von Arbeit soll das Normalarbeitsverhältnis auf 30 Stunden begrenzt und „unfreiwillige Teilzeit“ aufgestockt werden.¹⁵ Die gesetzliche Höchstarbeitszeit will die Linkspartei auf 40 Wochenstunden begrenzen, Ausnahmen von der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden sollen eingeschränkt werden. Um die restriktiven Regelungen zur Arbeitszeit und zum Mindestlohn administrativ zu unterlegen, müssten zukünftig der Arbeitsbeginn, Unterbrechungen und das Arbeitsende für jeden Arbeitnehmer akribisch dokumentiert werden, was zu erheblicher neuer Bürokratie führen würde. Potenziell neue Belastungen für den Mittelstand entstehen auch aus einem Weiterbildungsanspruch für Beschäftigte (mit 70-prozentiger Lohnfortzahlung) sowie aus einer sechswöchigen Pflege-Auszeit mit Lohnfortzahlung.

Generell entsteht der Eindruck, dass „die Wirtschaft“ für die Linkspartei praktisch ausschließlich aus Großunternehmen und Konzernen besteht. Dies mutet merkwürdig an, denn die Linkspartei ist traditionell besonders in den neuen Bundesländern verankert, wo es sehr wenig Großunternehmen gibt und nahezu alle Beschäftigten außerhalb des öffentlichen Dienstes in mittelständischen Unternehmen arbeiten.

5 Digitalisierung und E-Government

CDU/CSU möchten den (bislang schleppenden) Ausbau des E-Governments und die Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen. Dazu sollen die 575 Leistungen des Online-Zugangsgesetzes (OZG) zügig verfügbar gemacht werden – eigentlich sollte dies bis Ende 2021 ohnehin der Fall sein, doch ist dieser Termin nicht mehr zu halten, wie der Nationale Normenkontrollrat kritisiert (NKR, 2021). „Open Government“-Lösungen sollen transparente Programme und offene Schnittstellen ermöglichen, sodass Vergaben kleinteiliger stattfinden können, was dem Mittelstand zugutekommt. Die „Föderale IT-Kooperation“ (FITKO) soll gestärkt werden, um die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen zu beschleunigen, und einen „App Store“ für digitale Servicelösungen anbieten.¹⁶

Die Unionsparteien planen eine Europäische Digital- und Datenunion, für die das Wettbewerbsrecht modernisiert – das heißt, offenbar an die Tätigkeit digitaler Plattformen angepasst – werden soll. Dazu soll eine europäische digitale Marktordnung entwickelt werden. Die Kooperation von Politik, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in „digitalen Ökosystemen“ soll gestärkt werden, etwa bei den Rahmenbedingungen für KI und Quantencomputing. Neben KI soll auch

¹⁵ Allerdings sind Vollzeitbeschäftigte mit hoher Stundenzahl oder Überstunden und (der geringe Anteil) unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter oft in ganz unterschiedlichen Berufen, Qualifikationsgruppen und Regionen beschäftigt, was die Chancen der Umsetzbarkeit spürbar reduzieren dürfte. Auch die Verknappung von Arbeitskräften durch die Demographie, die bis 2030 zum Ausscheiden von mehreren Millionen Beschäftigten mit beruflicher Qualifikation ohne entsprechenden Ersatz durch nachrückende Jahrgänge führt (Geis-Thöne, 2021), bleibt in den Plänen der Linkspartei zur Arbeitszeitverkürzung gänzlich unberücksichtigt.

¹⁶ Der Ausbau der FITKO zu einer Digitalisierungsagentur nach Vorbild des österreichischen Bundesrechenzentrums wäre hier zielführend (Röhl/Graf, 2021).

die Entwicklung der Blockchain-Technologie in Deutschland vorangetrieben werden. Die Basis bildet die KI-Strategie der jetzigen Bundesregierung. Dabei sollen auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) befähigt werden, Ergebnisse aus der KI-Forschung zu nutzen; hierzu sollen „KI-Lotsen“ den Unternehmen bei der Umsetzung helfen.

Plattformen sollen als „Kern der digitalen Wirtschaft“ gefördert werden, wobei besonders auf wettbewerbsorientierte Marktbedingungen und fairen Zugang für mittelständische Unternehmen geachtet werden muss. Ein erster Schritt war die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zur Erfassung der Digitalwirtschaft (Rusche, 2020). Der Ansatz soll auch auf EU-Ebene mit dem „Digital Services Act“ und dem „Digital Markets Act“ beibehalten werden. Ein „Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation“ soll Digitalisierung und E-Government vorantreiben.

CDU/CSU möchten einen klaren Rechtsrahmen für digitale Plattformen schaffen, sowohl auf europäischer wie auf Bundesebene (eine EU-Verordnung wäre ohnehin direkt in den EU-Mitgliedsländern gültig.) Mit einer europäischen digitalen Identität sollen rechtssichere Online-Geschäfte EU-weit ermöglicht werden.¹⁷ Zudem soll die Datentransparenz bei digitalen Angeboten erhöht werden. Dies soll auch helfen, den großen amerikanischen Digital-Plattformen Paroli zu bieten.

Investitionen in ressourcenschonende digitale Technologien sollen gefördert werden. Durch eine Stärkung der digitalen Bildung und eine größere MINT-Affinität von Frauen, wie sie die Union fördern will, wird auch die Fachkräfteproblematik des Mittelstands adressiert.

Die **Grünen** befürworten die Schaffung einer europäischen Cloud-Infrastruktur.¹⁸ Es soll klare gesetzliche Spielregeln für kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geben. Den Hightech-Standort Deutschland möchte die Partei im KI-Bereich ausbauen; zu den angestrebten Fördergebieten zählen auch Quantencomputing sowie IT-Sicherheits- und Kommunikationstechnologie. Zu den Vorhaben wird eine starke europäische Vernetzung im Spitzenforschungsbereich angestrebt (die es allerdings bereits gibt). Die Grünen wünschen eine stärkere Regulierung großer Internetfirmen und eine Prüfung von Unternehmenskäufen von Tech-Konzernen durch das Bundeskartellamt.¹⁹ Sie fordern wie die SPD eine Verpflichtung zur Gewährleistung von Interoperabilität sowie Datenportabilität durch bereits marktbeherrschende Unternehmen sowie eine europäische Digitalaufsicht unter dem Dach eines neu zu schaffenden eigenständigen europäischen Kartellamts. Bei missbräuchlicher Ausnutzung von Marktmacht soll es einen Aufspaltungsvorbehalt geben.²⁰

Die Grünen möchten das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz an die Digitalisierung der Arbeitswelt, insbesondere die Plattformökonomie, anpassen. Hierbei geht es vorwiegend um eine

¹⁷ Die große Bedeutung dieses Punktes belegt ein aktuelles Gutachten von IW und EcoAustria (Röhl/Graf, 2021).

¹⁸ Mit dem Vorhaben GAIA-X setzt das Bundeswirtschaftsministerium derzeit bereits mit europäischen Partnern auf gemeinsame rechtliche und institutionelle Grundlagen für europäische Cloud-Lösungen (BMW, 2020). In der Vorbereitung befindet sich bereits eine gemeinsame Cloud mit Frankreich (BMW/Ministère de L'Économie, 2021).

¹⁹ Eine derartige Überprüfung durch die Wettbewerbsaufsicht der EU-Kommission beziehungsweise das Bundeskartellamt, wenn Deutschland betroffen ist, erfolgt allerdings bereits jetzt.

²⁰ Wobei unklar ist, wie dieses gegenüber amerikanischen oder chinesischen Konzernen durchgesetzt werden soll.

verstärkte Regulierung und die Bekämpfung von „Scheinselbstständigkeit“ aber offenbar weniger um die Ausnutzung der Chancen der Digitalisierung.

Wie die FDP möchten die Grünen einen höheren Frauenanteil in der Digitalwirtschaft. Dazu soll gegen Technikgenderstereotype vorgegangen werden und eine „geschlechtersensible Lehre“ zu einem Kulturwandel in der Digitalbranche führen, der auch mit freiwilligen und verpflichtenden Maßnahmen für Unternehmen für diskriminierungsfreie Arbeitsplätze unterlegt wird. Algorithmen in digitalen Systemen sollen transparent und, diskriminierungsfrei sein. Gewünscht wird ein nach Risiken abgestufter Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur Datenqualität sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, aber auch für Plattformanbieter. Mittelständische Unternehmen sind nicht Hauptadressat dieser (Regulierungs-)vorhaben, dürften aber mitbetroffen sein.

Die **SPD** strebt einen barrierefreien digitalen Zugang der Bürger zu Verwaltungsleistungen an. Bund, Länder und Kommunen sollen zum zügigen Ausbau der Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen verpflichtet werden, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind. Dies ist allerdings zu einem großen Teil bereits durch das von der SPD beziehungsweise den von ihr geführten Bundesministerien mit verfasste Onlinezugangsgesetz (OZG) von 2017 geschehen, das die staatlichen Ebenen zur Digitalisierung von 575 Staatsleistungen bis Ende 2021 verpflichtet hatte (NKR, 2021). Zudem sieht die „Single Digital Gateway“ (SDG)-Verordnung der EU einen Rechtsanspruch auf 73 digitale Verwaltungsleistungen bis 2023 vor, wozu auch die elektronische Unternehmensgründung zählt. Angesichts der absehbaren Verfehlung der OZG-Ziele ist es allerdings begrüßenswert, dass sich die SPD weiter zum Ziel einer digitalen Verwaltung bekennt – auch wenn sie im Wahlprogramm dem Wording nach nur die Bürger im Blick hat und offenbar weniger die Unternehmen, die dringend auf umfassend verfügbare Online-Angebote der staatlichen Verwaltung warten.

Es sollen digitale Plattformen für regionale Dienstleistungen gefördert werden, was im Erfolgsfall die Wettbewerbsposition von mittelständischen Unternehmen gegenüber den großen Digitalplattformen verbessern könnte. Plattformen ziehen ihren Nutzen allerdings aus der großen Anzahl der Anbieter und Nutzer, sodass regionale Plattformen ein Größenproblem aufweisen könnten. Die SPD strebt eine Regulierung der in Plattformen verwendeten Algorithmen an, wofür eine Aufsicht geschaffen (und finanziert) werden muss. Dies könnte zu neuer Bürokratie führen.

Die **FDP** bezeichnet die digitale Transformation als eine der größten Chancen und Herausforderungen unserer Zeit. Sie möchte ein Bundesministerium für digitale Transformation gründen, das die Kompetenzen in diesem Bereich bündelt und eng mit den anderen Ressorts kooperiert. Die Partei setzt stark auf eine Beschleunigung der Digitalisierung, um Probleme von schleppenden Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren über die Modernisierung der Wirtschaft bis hin zur Bekämpfung des Klimawandels zu lösen. Alle Planungen für digitale Verwaltungsangebote sollen zu einer einheitlichen Digitalplattform, dem „Deutschlandportal“ zusammengeführt

werden.²¹ Zukünftig sollen auch Verfahren der KI sowie Virtual Reality in den Verwaltungen zum Einsatz kommen. Zur Förderung von KI in Wirtschaft und Gesellschaft soll eine „KI Roadmap“ erarbeitet werden, in der Ministerien Anwendungsfälle identifizierten und Fördermittel für Start-ups und KMU bereitgestellt werden. Die FDP fordert eine „faire und funktionierende Datenwirtschaftsordnung“ auf Grundlage der Selbstbestimmung der Bürger über die eigenen Daten. Bei der Weiterentwicklung des Datenschutzes sollen die Belange von KMU, deren Kerngeschäft nicht-personenbezogene Daten betrifft, stärker berücksichtigt werden. Nutzer von Plattformen sollen das Recht zur Datenportabilität erhalten (dies sieht die Datenschutzgrundverordnung [DSGVO] für Personendaten allerdings bereits vor); dies soll auch die Wettbewerbsposition von Newcomern und kleinen Plattformen verbessern. Durch eine Gutscheinelösung für Übertragungen in Gigabit-Bandbreite für KMU und Privathaushalte soll der Breitbandausbau nachfrageorientiert und effizient vorangetrieben werden.²²

Die FDP möchte einen digitalen europäischen Binnenmarkt mit weniger Hürden und einheitlicher Regulierung, damit Geschäftsmodelle einfacher skalierbar sind. Um den Wettbewerb zu stärken, sollen große Digitalplattformen, die eine „Gatekeeper“-Funktion haben stärker reguliert werden, was auch dem Mittelstand zugutekommen soll.²³ Darüber hinaus setzen die Freien Demokraten sich für Netzneutralität ein, wobei zeitkritische Anwendungen wie Teleoperationen aber bevorzugt übertragen werden sollen. Um von den internationalen Spitzenreitern in digitaler Innovation zu profitieren, möchte die FDP enge Beziehungen zu Start-up-Zentren wie dem Silicon Valley, Taiwan oder Tel Aviv aufbauen.

Die FDP setzt auf verstärkte Digitalisierung, um den Wohnungsmangel in den Großstädten zu bekämpfen. Hierzu zählt der „digitale Bauantrag“, ein Baulückenkataster und eine Vereinheitlichung der Länderbauordnungen (die auch eine Voraussetzung für eine bundeseinheitliche Digitalisierung ist), um eine Beschleunigung und Vereinfachung von Baugenehmigungen zu erreichen. Dies käme auch der mittelständischen Bauwirtschaft zugute.

Die **Linke** bekennt sich zu Investitionen in den Breitbandausbau. Landkreise, Städte und Gemeinden sollen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt werden, wobei in der Umsetzung möglichst keine großen Konzerne zum Zug kommen sollen.²⁴ Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Wahlprogrammen finden die Themen Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, KI und digitale Plattformen im Wahlprogramm der Linken jenseits der Digitalinfrastruktur praktisch keine Berücksichtigung, wenn man vom Rechtsanspruch auf Homeoffice und vom Ruf nach höherer Besteuerung großer Digitalunternehmen absieht.

²¹ Dies erinnert stark an das erfolgreiche Modell „PortalAustria“ in Österreich (Röhl/Graf, 2021).

²² Unklar bleibt allerdings, wie bei der Gutscheinelösung sichergestellt werden soll, dass in dünnbesiedelten Regionen mit hohen Netzausbaukosten diese Gutscheine auch eingelöst werden können.

²³ Die angesprochenen Punkte werden von der EU bereits mit dem geplanten Digital Markets Act, einer Verordnung für digitale Marktplattformen, adressiert (Europäische Kommission, 2020).

²⁴ Unklar bleibt, ob dies auch für die Deutsche Telekom gilt, die sich zu fast einem Drittel in Staatsbesitz befindet und damit der Vorstellung der Linken von einer Verstaatlichung großer Unternehmen eigentlich entgegenkommt.

Tabelle 5-1: Digitalisierung und E-Government

Vergleich der Kernaussagen der Parteien bezüglich Digitalisierung und E-Government

	CDU/CSU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
Politische Ziele	„Bundesministerium für digitale Innovation und Transformation“	Deutschland im KI-Bereich an die Spitze bringen	OZG zügig umsetzen	Bundesministerium für digitale Transformation	
	„Open Government“ Lösungen; OZG zügig umsetzen	Höherer Frauenanteil in Digitalwirtschaft	Barrierefreier Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen	Verwaltungs-, Genehmigungsverfahren digitalisieren	
	FITKO stärken, „App Store“ für digitale Servicelösungen	Regulierung großer Internetfirmen; Gewährleistung von Interoperabilität		KI und Virtual Reality in Verwaltungen	
	Digitale Bildung, MINT-Affinität von Frauen stärken	Transparente, diskriminierungsfreie Algorithmen	Regulierung der in Plattformen verwendeten Algorithmen	„digitaler Bauantrag“, Wohnungsmangel in Städten durch Digitalisierung bekämpfen	
Infrastruktur und digitale Investitionen	KI und Blockchain-Technologie vorantreiben	Prüfung von Unternehmenskäufen von Tech-Konzernen durch Bundeskartellamt	Digitale Plattformen für regionale Dienstleistungen fördern	„faire und funktionierende Datenwirtschaftsordnung“	Aufbau digitaler Infrastrukturen
		Arbeitsrecht und -schutz an Digitalisierung anpassen		Fairer Wettbewerb, „Gatekeeper“ regulieren	Investitionen in Breitbandausbau
Europäische Digitalpolitik	Europäische Digital- und Datenunion	Europäische Cloud-Infrastruktur	„Single Digital Gateway“-Verordnung umsetzen	Digitaler europäischer Binnenmarkt;	
	Rechtsrahmen für digitale Plattformen	Recht auf Datenportabilität		Recht auf Datenportabilität	
	Faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb			Innovationsbotschafter in internationale Start-up-Zentren entsenden	

Quelle: Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021

6 Fazit

Die fünf Parteien, die für eine mögliche Koalitionsbildung nach der Bundestagswahl im September 2021 in Frage kommen, haben teilweise sehr detaillierte, zum Teil aber auch eher skizzenhafte wirtschafts- und mittelstandspolitische Programme für die Wahl und die kommende Legislaturperiode vorgelegt. Während die Unionsparteien und die Freien Demokraten die Interessen von mittelständischen Unternehmen und Gründern adressieren, ist der Blickwinkel bei Sozialdemokraten und Grünen stärker auf Beschäftigte und Umweltfragen gerichtet, was mittelstandspolitisch vor allem auf zusätzliche Regulierung für die betroffenen Unternehmen hinausläuft. Dabei erscheint die äußerst geringe Rolle, die mittelständische Unternehmen und Gründungen in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen spielen, etwas unverständlich, bildet ein erfolgreicher Mittelstand doch die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs, durch den die Mittel für die von beiden Parteien gewünschten zusätzlichen Sozialausgaben erst erwirtschaftet werden können. Bei der Linkspartei, die Privateigentum und Marktwirtschaft grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, ist diese „Leerstelle“ im Programm hingegen verständlicher.

Zu beachten ist allerdings, dass auch für Wahlprogramme der Grundsatz gilt, dass „Papier geduldig“ ist. Gerade bezüglich der seit Jahren führenden Regierungsparteien CDU und CSU muss die Frage erlaubt sein, warum hehre Ziele aus früheren Wahlprogrammen in der Regierungsverantwortung oft kaum umgesetzt wurden. So wollten die Unionsparteien laut ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 einen Masterplan erarbeiten, der mit besserer Beratung, zusätzlicher Förderung und Bürokratieabbau mehr Menschen in die Selbstständigkeit bringt. Allein am Koalitionspartner kann es sicherlich nicht liegen, dass in diesem Bereich eher wenig Taten gefolgt sind – und die Anzahl der Unternehmensgründungen weiter zurückgegangen ist (vgl. Abbildung 1-1).

Nach der Bundestagswahl muss sich erweisen, ob es gelingt, anhand der Programme der Parteien einen Koalitionsvertrag für eine stabile Regierungsmehrheit auszuhandeln. In der Steuerpolitik sowie in der Regulierung des Arbeitsmarktes, die den Mittelstand stark trifft, lässt sich die größte Übereinstimmung zwischen Grünen, SPD und Linkspartei finden. Eine Regierungsmehrheit der drei Parteien erscheint derzeit aber relativ unwahrscheinlich. Das relativ mittelstandsfreundliche Wahlprogramm der Unionsparteien ist inhaltlich sehr breit aufgestellt und weist damit auch eine Anschlussfähigkeit etwa zum Programm der Grünen auf, was eine mögliche Koalitionsbildung nach der Wahl vereinfachen könnte.²⁵ Es gibt jedoch auch, beispielsweise in der Steuerpolitik, Gemeinsamkeiten zwischen eher unerwarteten potenziellen Partnern: Sowohl die Linke als auch die FDP treten für eine Abschaffung der Schaumweinsteuer ein.²⁶

²⁵ In den derzeitigen Umfragen liegen Union und Grüne gemeinsam allerdings nur noch bei 45 Prozent der Stimmen, was für eine Regierungsmehrheit bei den Sitzen im Bundestag vermutlich nicht reicht, so dass eine Koalition einen dritten Partner erfordern könnte.

²⁶ Doch selbst wenn steuerfreier Rotkäppchen-Sekt, den es auch in der FDP-kompatiblen Edelsorte „Riesling Flaschengärung“ gibt, Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden recht unterschiedlichen Parteien beflügeln könnte, verhindert ihr gemeinsamer Stimmenanteil von derzeit laut Umfragen nur etwa 20 Prozent wohl die Bildung einer solchen „Spanien“-Koalition.

Literatur

AfD – Alternative für Deutschland, 2021, Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, <https://www.afd.de/wahlprogramm/> [15.7.2021]

BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie, 2020, Bürokratie abbauen, Neustart unterstützen, 66 Maßnahmen für einen erfolgreichen Wiederhochlauf, <https://bdi.eu/publikation/news/buerokratie-abbauen-neustart-unterstuetzen/> [13.7.2021]

BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie / VCI – Verband der Chemischen Industrie, 2020, Die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland, Vorschläge für ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht 2020/21, <https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/bdi-vci-studie-zu-steuerbelastung-der-unternehmen-in-deutschland-2020-2021.pdf> [9.7.2021]

Beznoska, Martin / Hentze, Tobias, 2021, Wahlprogramme zur Einkommensteuer: Alle wollen die Mitte entlasten, IW-Kurzbericht Nr. 42, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2021/IW-Kurzbericht_2021-Einkommensteuertarife-Parteien.pdf [13.7.2021]

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2020, GAIA-X. Eine vernetzte Datenstruktur für ein europäisches digitales Ökosystem, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/gaia-x.html> [15.7.2021]

BMWi / Ministère de L'Économie, des Finances et de la Relance, 2021, IPCEI Cloud geht in die nächste Phase – Interessenbekundungsverfahren in Deutschland gestartet und Beginn der Vorbereitungen zum europäischen Matchmaking, Gemeinsame Pressemitteilung, 09.07.2021, [BMW - IPCEI Cloud geht in die nächste Phase – Interessenbekundungsverfahren in Deutschland gestartet und Beginn der Vorbereitungen zum europäischen Matchmaking](#) [15.7.2021]

BMWi / BMF – Bundesministerium der Finanzen / KfW, 2021, Zukunftsfonds startet – Bundesregierung stärkt die Start-up-Finanzierung in Deutschland, Gemeinsame Pressemitteilung, 24.03.2021, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/03/20210324-zukunftsfonds-startet-bundesregierung-staerkt-die-start-up-finazierung-in-deutschland.html> [15.7.2021]

Burstedde, Alexander / Risius, Paula / Werner, Dirk, 2021, Fachkräftemangel bei Hochqualifizierten wieder über Vor-Corona-Niveau, IW-Kurzbericht, Nr. 39, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2021/IW-Kurzbericht_2021-Fachkr%C3%A4ftel%C3%BCcke-Corona-neu.pdf [6.7.2021]

CDU / CSU, 2021, Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland, https://www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/programm/CDU_Beschluss%20Regierungsprogramm.pdf [2.7.2021]

Destatis – Statistisches Bundesamt, 2021a, Erwerbstätigkeit. Beschäftigungsstatistik -Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/insgesamt.html> [13.7.2021]

Destatis, 2021b, 5,9 % mehr Gründungen größerer Betriebe im 1. Quartal 2021, Pressemitteilung Nr. 236, 19. Mai 2021, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/05/PD21_236_52311.html [8.7.2021]

Die Grünen, 2021, Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf [14.7.2021]

Die Linke, 2021, Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit, <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/> [12.7.2021]

Eckelt, Marcus / Mohr, Sabine / Gerhards, Christian / Burkard, Claudia, 2020, Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung: Gründe und Unterstützungsmaßnahmen mit Fokus auf Kleinbetriebe, Bundesinstitut für Berufsbildung / Bertelsmann-Stiftung, Bonn, <https://bibb-dspace.bibb.de/rest/bitstreams/9b3b9843-14f7-4d29-b887-8be8cef0a136/retrieve> [14.7.2021]

Europäische Kommission, 2020, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor (Gesetz über digitale Märkte), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020PC0842&from=de> [4.8.2021]

FDP – Freie Demokraten, 2021, Nie gab es mehr zu tun, Wahlprogramm der Freien Demokraten, https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf [12.7.2021]

Fedorets, Alexandra, 2020, Mindestlohn: Ein steiniger Weg zu einer „High-Road“-Strategie, in: ifo Schnelldienst, 73. Jg., Nr. 4, S. 19–22

Geis-Thöne, Wido, 2021, Mögliche Entwicklungen des Fachkräfteangebots bis zum Jahr 2040, IW-Report Nr. 11, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2021/IW-Report_2021-Fachkraefteangebot-2040.pdf [6.7.2021]

GKK Steuerberatung, 2021, Optionsmodell für Personengesellschaften geplant: Senkung der Steuerbelastung auf 15 Prozent möglich, <https://gkk-steuerberatung.de/steuertipps/optionsmodell-fuer-personengesellschaften-geplant-senkung-der-steuerbelastung-auf-15-moeglich/> [14.7.2021]

Hammermann, Andrea / Röhl, Klaus-Heiner / Rusche, Christian, 2021, Start-ups: Zusammen erreicht man mehr, IW-Kurzbericht, Nr. 43, <https://www.iwkoeln.de/studien/andrea-hammermann-christian-rusche-klaus-heiner-roehl-zusammen-erreicht-man-mehr-513788.html> [9.7.2021]

HDE – Handelsverband Deutschland, 2021, 100 Tage Lockdown - Verzweifelte Lage bei vielen Händlern: Geschätzter Umsatzverlust zwischen 35 und 40 Milliarden Euro, Pressemitteilung, 26. März 2021, <https://einzelhandel.de/presse/aktuellemeldungen/13248-100-tage-lockdown-verzweifelte-lage-bei-vielen-haendlern-geschaetzter-umsatzverlust-zwischen-35-und-40-milliarden-euro> [8.7.2021]

IfM – Institut für Mittelstandsforschung Bonn, 2020a, Mittelstand im Überblick, <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/kennzahlen-der-kmu-nach-definition-des-ifm-bonn/kennzahlen-deutschland> [5.7.2021]

IfM, 2020b, Selbstständige/Freie Berufe, <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/selbststaendigefreie-berufe/selbststaendige> [15.7.2021]

Kempermann, Hanno / Krause, Manuela / Röhl, Klaus-Heiner, 2020, Die Bedeutung der Familienunternehmen für ländliche Räume – Beitrag zu Wohlstand und Zusammenhalt, Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/Die-Bedeutung-der-Familienunternehmen-fuer-laendliche-Raume_Studie_Stiftung-Familienunternehmen.pdf [13.7.2021]

Lesch, Hagen, 2020, 100 Jahre betriebliche Mitbestimmung in Deutschland, IW-Kurzbericht Nr. 11, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020_Betriebsraetegesetz.pdf [14.7.2021]

NKR – Nationaler Normenkontrollrat, 2018, Deutschland: weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, bessere Gesetze Einfach machen! Jahresbericht 2018, <https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/267760/1536236/1bed933ea006098d6807ab48bd3c8574/2018-10-10-download-nkr-jahresbericht-2018-data.pdf?download=1> [14.7.2021]

NKR, 2021, Monitor Digitale Verwaltung # 5, <https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/72494/1910766/566ab77d765445919a53924f0781ca20/210504-monitor-digitale-verwaltung-5-data.pdf?download=1> [7.5.2021]

Röhl, Klaus-Heiner, 2020, Der Mittelstand in der Corona-Krise: Solide Eigenkapitalbasis wirkt stabilisierend, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Eigenkapital_im_Mittelstand.pdf [14.7.2021]

Röhl, Klaus-Heiner / Graf, Nikolaus, 2021, E-Government und Gründungsumfeld: Was kann Deutschland von Österreich lernen, Kurzgutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2021/E-Government_und_Gr%C3%BCndungsumfeld_Deutschland_%C3%96sterreich.pdf [3.8.2021]

Rusche, Christian, 2020, Ist die GWB-Novelle ein „Daten für alle“ Gesetz?, IW Kurzbericht, Nr. 124, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020_GWB-Novelle.pdf [13.7.2021]

Schäfer, Holger, 2021, Die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, IW-Report, Nr. 6, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2021/IW-Report_2021_B%C3%BCndnis90-Die-Gruenen.pdf [12.7.2021]

Schröder, Christoph, 2017, Mindestlohn staucht Lohnstruktur im Osten, IW-Kurzbericht, Nr. 89, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/IW-Kurzbericht_2017_89_Mindestlohn.pdf [14.7.2021]

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2021, Aus Respekt vor Deiner Zukunft. Zukunftsprogramm, <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf> [7.7.2021]

Tagesschau, 2021, Selbstständige sollen ins Rentensystem: „Je mehr einzahlen, desto besser“, <https://www.tagesschau.de/inland/rente-selbststaendige-101.html> [14.7.2021]

Welter, Friederike / Icks, Annette / Holz, Michael, 2013, Bürokratiekosten für kleinere und mittlere Unternehmen, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Wirtschaftspolitische Blätter, 22.11.2013, Bonn

Abstract

IW Policy Paper 1/21

The election programs of the parties for SMEs and start-ups

The importance of SMEs is not always recognized

With nearly 3.5 million companies, small and medium-sized enterprises form the basis of Germany's economic strength. Start-ups are essential for the constant renewal of the SME business landscape; innovative start-ups bring important innovations to the market that seem too risky for established companies. The parties' plans for the Bundestag elections for SMEs and the promotion and facilitation of start-ups are therefore highly relevant. In this policy paper, the election programs of the parties potentially facing government participation are examined for their relevance for SMEs. Since SMEs are particularly burdened by bureaucracy and regulation due to their limited size, new regulatory projects and plans to reduce bureaucracy are also considered. Digitization plays a special role for further economic development, as the Corona pandemic has highlighted. Many small and medium-sized enterprises are laggards when it comes to digitization, but this also applies to the German administration when it comes to introducing eGovernment. Since the digital infrastructure and the digitization of the administration are also becoming increasingly important for SMEs, the plans of the parties in the digital area are also included in the study.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik.....	11
Tabelle 3-1: Unternehmensgründungen und Start-ups	14
Tabelle 4-1: Bürokratie(-abbau) und (De-)Regulierung.....	18
Tabelle 5-1: Digitalisierung und E-Government	23

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Der Abwärtstrend bei den Gründungen hält an	5
------------------------------------------------------------------	---